

EVA ROMAN-ZUKOWICZ

Eine polnische Sicht: Die Aussiedlung der Deutschen

»Wenn die nationalsozialistische Bewegung wirklich die Weihe einer großen Mission für unser Volk vor der Geschichte erhalten will, muß sie, durchdrungen von der Erkenntnis und erfüllt vom Schmerz über seine wirkliche Lage auf dieser Erde, kühn und zielbewußt den Kampf aufnehmen gegen die Ziellosigkeit und Unfähigkeit, die bisher unser deutsches Volk auf seinen außenpolitischen Wegen leiteten. Sie muß dann, ohne Rücksicht auf »Traditionen« und Vorurteile, den Mut finden, unser Volk und seine Kraft zu sammeln zum Vormarsch auf jener Straße, die aus der heutigen Beengtheit des Lebensraumes dieses Volk hinausführt zu neuem Grund und Boden und damit auch für immer von der Gefahr befreit, auf dieser Erde zu vergehen oder als Sklavenvolk die Dienste anderer besorgen zu müssen.

Die nationalsozialistische Bewegung muß versuchen, das Mißverhältnis zwischen unserer Volkszahl und unserer Bodenfläche – diese als Nährquelle sowohl wie auch als machtpolitischer Stützpunkt angesehen –, zwischen unserer historischen Vergangenheit und der Aussichtslosigkeit unserer Ohnmacht in der Gegenwart, zu beseitigen. Sie muß sich dabei bewußt bleiben, daß wir als Wahrer höchsten Menschentums auf dieser Erde auch an eine höchste Verpflichtung gebunden sind, und sie wird um so mehr dieser Verpflichtung zu genügen vermögen, je mehr sie dafür sorgt, daß das deutsche Volk rassisch zur Besinnung gelangt.«¹

Das waren die Pläne, nun zu den Realitäten.

Einige Tage, nachdem Prag eingenommen worden war, am 2. Mai 1939, trennte Hitler Memel von Litauen ab. Am gleichen Tag präzierte Ribbentrop im Gespräch mit dem polnischen Außenminister Lipski den Wunsch der Nazis, Danzig ins Großdeutsche Reich einzufügen sowie einen Korridor nach Ostpreußen herzustellen. Polen sollte sich mit einer exterritorialen Autobahn und einer Eisenbahnlinie einverstanden erklären. Im Gegenzug sollte der Nichtangriffspakt zwischen Deutschland und Polen um 25 Jahre verlängert werden. Hitler meinte, dies seien mäßige Vorschläge, die von Polen angenommen werden könnten. Doch fünf Tage später kam seitens Polens ein Nein. Abgesehen vom psychologischen Aspekt – wer konnte dem Versprechen Hitlers Glauben schenken, besonders nach dem, was in Prag geschehen war?

Hier möchte ich eine wenig bekannte Episode aus den dreißiger Jahren hinzufügen. Als Hitler 1936 entschied, das Rheinland zu remilitarisieren und damit den Versailler Vertrag verletzte, machte die

Eva Roman-Żukowicz –
Jg. 1931, Germanistin,
Geschäftsführerin der
Fundacja Ekonomic
Tolerancja Warszawa

1 Adolf Hitler: Mein Kampf, München 1933, S. 731 f.

Vortrag, gehalten auf der gemeinsamen Tagung von Rosa-Luxemburg-Stiftung und Christlicher Friedenskonferenz »Münchener Abkommen – Generalplan Ost – Beneš-Dekrete. Ursachen für Flucht und Vertreibung in Osteuropa«, Berlin, 15. Mai 2004.

polnische Regierung in den Ländern der Entente eine Umfrage, ob sie sich an einem Präventivkrieg gegen Deutschland beteiligen würden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß allein die Demonstration einer solchen Bereitschaft Hitler zu Fall gebracht hätte und Deutschland viel Leid erspart geblieben wäre. Doch leider scheiterte dieser Vorstoß – vor allem am defensiven Standpunkt Frankreichs. Für die polnische Regierung war damit klar, dass die bisherigen Verbündeten als nicht mehr besonders glaubwürdig anzusehen waren. Deshalb glaubte man sich gezwungen, den Versuch unternehmen zu müssen, das Verhältnis zum III. Reich zu verbessern – durch gegenseitige Besuche usw. Das fiel umso leichter, als die polnische Regierung in gewissem Maße gleichfalls autoritärer Art war. Doch die territoriale Souveränität und Integrität Polens opferte selbst sie nicht.

Am 28. September, im Moment als die Wehrmacht in Warschau einmarschierte, wurde der Grenz- und Freundschaftsvertrag zwischen Ribbentrop und Molotow geschlossen, der die vierte Teilung Polens sanktionierte. In einem geheimen Protokoll wurden die sowjetisch-deutschen Interessengrenzen an die Flüsse Bug und San verlegt.

Am 8. Oktober ließ Hitler eine Verordnung veröffentlichen, laut der polnisches Territorium im Westen und Norden sofort ins Großdeutsche Reich eingefügt wurde. Es handelte sich um eine Fläche von 92 000 Quadratkilometern, die von neun Millionen polnischen Staatsbürgern bewohnt wurde, darunter ungefähr 800 000 Juden, 600 000 Deutschen, 11 000 Ukrainern und 21 000 Menschen anderer Nationalitäten. Sofort nach dem ohne Kriegserklärung erfolgten Angriff durch die deutschen Truppen war Polen mit Terror überzogen worden. Eigens dafür waren aus SS und Polizei heraus fünf Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei gegründet worden. Diese Gruppen waren im Besitz von Listen mit den Namen polnischer Politiker, schlesischer Aufständischer und von Persönlichkeiten der Führungsschichten. Sie wurden festgenommen und ohne jegliches Verfahren erschossen. Die Aktion lief unter dem Tarnnamen »Unternehmen Tannenberg«. In Schlesien, Pommern und Großpolen fielen ihr insgesamt 16 000 Polen zum Opfer.

Der Gauleiter Posens Artur Geiser sagte schon am 6. September: In »10 Jahren wird es hier kein einziges Gehöft geben, welches nicht in deutschen Händen wäre«. Das bedeutete für zwei Millionen Polen – vorwiegend Gutsbesitzer, Unternehmer, Beamte sowie Angehörige der polnischen Intelligenz – die Vertreibung nach Zentralpolen. Die Aussiedlung begann schon zu Anfang des strengen Winters 1939/40. Sie betraf ganze Familien, die in Viehwagen verladen wurden. Mitnehmen durften sie nur zwischen 20 und 50 Kilogramm an persönlichen Sachen und einige hundert Złoty Bargeld. An Stelle der Polen wurden vorwiegend Balkan- und Rumäniendeutsche angesiedelt.

Einen anderen Charakter hatte die Anordnung betreffs der Juden polnischer Abstammung. Ab 21. September organisierte Reinhard Heydrich spezielle Operationsgruppen, die den Befehl hatten, hinter den Linien der Wehrmacht zu operieren und in größeren Städten Juden an bestimmten Orten zusammenzutreiben. Allein aus Großpolen wurden in den Jahren 1939/40 ungefähr 100 000 Juden in die Woiwodschaften Lublin, Krakau und Kielce vertrieben.

Gleichzeitig, nach dem 17. September 1939, begann der Stalin-Terror im Osten Polens – in jenen Gebieten, die von der Sowjetunion besetzt worden waren, darunter die Städte Lemberg, Vilnius und Grodno. Ab Oktober wurden massenhaft polnische Intellektuelle und Beamte inhaftiert. Auch die Religionsverfolgungen setzten ein, Priester wurden festgenommen u.s.w. Auch im sowjetisch besetzten Gebiet wurden ganze Familien in menschenunwürdige Verhältnisse verschleppt – sowohl nach Sibirien als auch nach Kasachstan. Schätzungen gehen davon aus, dass dieses Schicksal ungefähr eine Million Polen traf. Außerdem wurden 15 000 polnische Offiziere, die von der Roten Armee 1939 gefangengenommen worden waren, 1941 in den Lagern von Katyn, Mednoje und Charkow umgebracht. Das alles war nur möglich, weil das Hitlerregime die Situation in Europa destabilisiert und die Sowjets zu einer Aggression gegenüber Polen ermutigt hatte.

Die blutige Okkupation Hitlers in Polen ist allgemein bekannt: Konzentrationslager, Zwangsarbeit, Geislerschießungen. Erinnerung sei auch an die Festnahme aller Professoren in Krakau, die unter dem Vorwand, die Universitäten sollten wieder eröffnen, ins Kollegium Majus gelockt und ermordet wurden. Nicht unerwähnt sollte auch bleiben, dass nach der Niederschlagung des Warschauer Aufstandes im Herbst 1944 die gesamte Zivilbevölkerung aus Warschau ausgewiesen und ihr Hab und Gut, mitunter das ganzer Generationen, aufgrund eines speziellen Befehls Hitlers systematisch vernichtet wurde »Warschau muss von der Landkarte verschwinden.«

Bei Kriegsende war der territoriale Verlust der polnischen Ostgebiete nicht abzuwenden. Unter dem Diktat Stalins wurde auf der Konferenz von Jalta (4.-11. Februar 1945) der aktuelle Stand bestätigt. Nach der Niederlage Deutschlands fand in Potsdam zwischen dem 17. Juli und 2. August die zweite Konferenz der Großmächte im Jahre 1945 statt; unter anderem wurden die Nachkriegsgrenzen festgelegt. Im Ergebnis des verlorenen Krieges wurde ein Teil des vorher zu Deutschland gehörenden Territoriums Polen zugesprochen. Gleichzeitig wurde in Potsdam beschlossen: Die deutsche Bevölkerung, die in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn ansässig ist, soll nach Deutschland ausgesiedelt werden. Die Signatarmächte des Potsdamer Abkommens verfolgten dabei zwei Ziele: erstens die Sicherstellung der neuen europäischen Ordnung – es wurde befürchtet, dass mit der Belassung einiger Millionen Deutscher auf polnischem Territorium ein Unruheherd und neue Konflikte entstehen könnten. Zweitens sei die Aussiedlung aus diesem Territorium eine Entschädigung Polens für die Verbrechen, die von Deutschen am polnischen Volk verübt worden waren. Was dabei übrigens nicht vergessen werden sollte: Im Hintergrund stand bei dieser Entscheidung auch der Gedanke an eine Entschädigung Polens und der polnischen Bevölkerung für den Boden und das Gut, das im Osten an die Sowjetunion verloren worden war. Die drei Großmächte legten fest, wie viel Deutsche ausgesiedelt werden sollten. Aus Polen waren es 3,5 Millionen.

Bevor dieser Beschluss ausgeführt wurde, mussten die polnischen Behörden entscheiden, wer deutscher Nationalität ist. Dieses Territorium war nämlich auch von Polen bewohnt, deren National-

»Wir Kommunisten nützten die historische Chance, die sich uns bot, wir verwirklichten sie. Wir standen auf dem Boden des Status quo und brachten es zuwege, die Westgebiete zu polonisieren, ihre Wirtschaft in Gang zu bringen, sie einzugliedern, gleichzuschalten. Unser Trumpf war die neue Gestalt Polens. Ich weiß nicht, wann das den Polen endlich in den Kopf will.«

Teresa Toranska: [Interview mit] Jakob Berman [bis 1956 neben Bolesław Bierut ranghöchster Kommunist Polens], in: Dies.: Die da oben. Polnische Stalinisten zum Sprechen gebracht, Köln 1987, S. 303.

»Heute kann ich nur eines sagen: wir Kommunisten haben Polen vor dem Schlimmsten bewahrt, ohne uns hätten wir heute ein Herzogtum Warschau, einen Rumpfstaat, einen Landstrich, einen erbärmlichen mitteleuropäischen Kleinstaat mit äußerst beschränkten Entwicklungsmöglichkeiten oder auch gar keinen.«
Ebenda, S. 304.

bewusstsein infolge der anderthalb Jahrhundert dauernden Germanisierung aber nicht immer klar war. Das Polentum derer, die es wollten, musste vor einer Verifikations-Kommission dargestellt und bewiesen werden. Eine schriftliche Deklaration der Treue dem polnischen Vaterland und Staate gegenüber musste abgelegt werden. Niemand jedoch wurde dazu gezwungen.

Auch wenn nicht die Polen sich die Aussiedlung der deutschen Bevölkerung ausgedacht haben, sollte man nicht abstrakt an die Dinge herangehen. Es gab die Notwendigkeit der Umsiedlung von 1,7 Millionen Polen aus den verlorenen Ostgebieten im Rahmen der Repatriierung, eigentlich Expatriierung, da keiner der Polen unter der Herrschaft der Sowjetunion und dem Terror Stalins bleiben wollte. Dieses Problem wurde auf Kosten Deutschlands gelöst, das für den verlorenen Angriffskrieg die Lasten zu tragen hatte.

Von der Aussiedlung war jener Teil der deutschen Bevölkerung betroffen, der nicht schon zuvor vom Hitlerregime evakuiert worden war. Die Goebbels-Propaganda, die dargestellt hatte, wie die Kämpfe und danach die Versklavung des deutschen Volkes verlaufen würden, hatte viele Menschen in Panik versetzt und zur Massenfucht vor den anstürmenden Sowjets und der sich nähernden Front veranlasst. Außerdem ordneten an vielen Orten die deutschen Behörden eine Zwangsevakuierung an, manchmal in letzter Minute. Im Oktober und November 1944 flohen ungefähr eine halbe Million Deutsche aus Ostpreußen. Im Januar 1945 begann der Exodus der Bevölkerung aus Oberschlesien, die Flucht von ungefähr einer Million Menschen ging chaotisch nach Westen und nach dem Süden. Ein wenig später geschah das gleiche in Niederschlesien; allein aus der Festung Breslau flüchteten 700 000 aus Pommern über eine Million Menschen. Eine viertel Million Danziger suchte auf Schiffen Zuflucht, die in Westdeutschland vor Anker gingen – insofern sie nicht Bombenangriffen der Alliierten zum Opfer gefallen waren. Es wird geschätzt, dass insgesamt etwa fünf Millionen Menschen ihre Wohnstätten verlassen mussten. Die zwangsevakuerte Zivilbevölkerung wurde, soweit sie nicht in die Kampfzonen geriet und dort ums Leben kam, vielfach Opfer von Krankheiten, Seuchen und Hunger. Besonders betroffen waren Kleinkinder und Greise.

Die Vertriebenen-Verbände in Deutschland und insbesondere Frau Steinbach stellen heute materielle Forderungen an Polen. Diese Forderungen können nur erörtert werden in einer Aufrechnung des Leids, das Polen seitens des Hitlerregimes zugefügt wurde.